

# BLICKPUNKT PLENUM

24. – 26. März 2015

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



## Keine Zusammenschlüsse der Kommunen durch Druck

Die SPD-Fraktion hat in der Plenardebatte im Hessischen Landtag Forderungen der FDP zurückgewiesen, wonach strukturelle Veränderungen bei den hessischen Landkreisen kein Tabuthema mehr sein dürften, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen angesichts deren angespannter finanzieller Situation sicherzustellen. Eine freiwillige interkommunale Zusammenarbeit ist immer dann erfolgreich, wenn sie vor Ort von der Überzeugung getragen ist, damit gemeinsam mehr für die Menschen zu erreichen und durch die Zusammenarbeit von Verwaltungen bessere Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbracht werden können. Insbesondere im ländlichen Raum kann die interkommunale Zusammenarbeit daher ein richtiger Ansatz sein, wenn das Land dies auch finanziell unterstützt. Sie mit Druck herbeizuführen, oder Strukturveränderungen als Ausweg aus den vom Land selbst zu verantworteten finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen zu beschreiben, ist falsch und findet nicht die Unterstützung der SPD. Wer Strukturveränderungen von oben herab anordnet, fördert damit das oftmals beklagte Desinteresse gegenüber der Politik in den Landkreisen.

Nirgendwo ist Politik den Menschen so nahe wie auf der kommunalen Ebene, in den Städten, Gemeinden und den Landkreisen. Die SPD warf CDU-geführten Landesregierungen vor, diese wichtige Ebene des Gemeinwesens jeweils mit wechselnden Partnern von FDP und B'90/Grünen seit Jahren kontinuierlich ausgetrocknet zu haben. Dass die FDP angesichts ihrer Mitverantwortung für kommunalfeindliche Politik in Hessen aus Sorge um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Landkreise die Frage von Strukturveränderungen stellt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Zusammenschlüsse von Kommunen werden nicht aus der Überzeugung heraus diskutiert, dass größere Einheiten besser für die Menschen sind. Es ist vielmehr die blanke Not, die Kommunalpolitiker dazu bringe diesen Weg als Ultima Ratio zu überlegen, weil die Landespolitik die Kommunen am langen Arm finanziell verhungern lasse.

Das Land ist in der Verantwortung den Städten, Gemeinden und Landkreisen finanzielle Gestaltungsspielräume zu ermöglichen, statt die Kommunalpolitik vor Ort immer weiter zu strangulieren.

## Sozial- und Erziehungsberufen endlich höheren Stellenwert einräumen

In der Aktuellen Stunde des Hessischen Landtags hat die SPD-Landtagsfraktion ein gesellschaftliches Umdenken und eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe gefordert. Wir vertrauen Erziehern unsere Kinder und Pflegekräften unsere pflegebedürftigen Senioren an, bezahlen sie aber schlechter, als Menschen die unsere Autos zusammenbauen. Gerade in diesen Berufen arbeiten zum großen Teil Frauen, die hochqualifiziert aber oftmals unterbezahlt sind. Fast 60 Prozent der Erzieherinnen in Kindergärten arbeiten zudem lediglich Teilzeit, was auch Auswirkungen auf Lebensunterhalt und Altersversorgung hat.

Um Sozial- und Erziehungsdiensten den hohen Stellenwert zu geben, den sie verdienen, muss vor allen Dingen auf der Landes-, aber auch auf der Bundesebene ein Umdenken hinsichtlich der Finanzierung dieser wichtigen Aufgaben einsetzen. Der Betriebskostenzu-

schuss des Landes zu Kindertagesstätten beträgt zurzeit gerade einmal zehn Prozent. Die Finanzierung einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe darf aber nicht allein an den Kommunen hängen bleiben.

### **Al-Wazir entschuldigt sich für verbale Entgleisung halbherzig**

Kritik äußert die SPD-Landtagsfraktion über Minister Tarek Al-Wazir, der über einen Antrag der SPD unflätig schimpfte. Wörtlich giftete der Minister, ....die Oppositionspartei rotze "dreckige Dreizeiler" hin. Eine unglaubliche Entgleisung des Ministers. Der grüne Wirtschaftsminister hat sich mal wieder schwer im Ton vergriffen. Bei den Grünen liegen beim Thema Umwelt und Energie offenbar die Nerven blank, weil sie zu Gunsten ihrer Koalition mit der CDU ihre Kernthemen aufgegeben haben. Deshalb bellt und beißt der Wirtschaftsminister wie ein in die Ecke gedrängter Hund jetzt in Richtung Opposition.

### **Zweiter Energiegipfel jetzt!**

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Rahmen der Landtagsdebatte die Einberufung eines zweiten Energiegipfels gefordert. Wir fordern die Landesregierung erneut auf, einen zweiten Energiegipfel unmittelbar vorzubereiten und einzuberufen. Mit der bisherigen Verweigerung eines erneuten Dialogs gefährdet die Landesregierung nicht nur den Grundkonsens zur Energiewende, sondern auch die Chancen der Energiewende selbst. Längst hat die Mehrheit verstanden, dass die Energiewende mehr ist als der Ausstieg aus der Atomenergie und die Freude über Windkraftanlagen. Nicht nur Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz spielten eine Rolle, sondern der Umbau der Industriegesellschaft selbst sei das Kernthema. Wir benötigen den Energiegipfel auch um über die Akzeptanzfragen zu sprechen – nicht nur in der Bevölkerung, aber insbesondere dort – für den Bau von Windkraftanlagen, Leitungen wie zum Beispiel Suedlink und Castoren-Zwischenlagerung. Wir erwarten, von der Landesregierung, dass auch die Bürgerinitiativen am zweiten Energiegipfel beteiligt werden, da Transparenz und Beteiligung der unterschiedlichen Akteure Voraussetzungen für ein Gelingen der Energiewende sind. Die Landesregierung muss endlich mit den Akteuren und Betroffenen in den Dialog treten. Die Zeit des Wegduckens und Hintertreibens sowie der Doppelspiele der CDU müssen vorbei sein. Der zweite Energiegipfel muss nun vorbereitet werden.

### **Bouffier wird seiner Verantwortung nicht gerecht**

Als inakzeptabel bezeichnete die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, das Verhalten von Ministerpräsident Bouffier in Zusammenhang mit den massiven Ausschreitungen in Frankfurt während der Blockupy-Demonstrationen. Vor allem die späte Reaktion des Ministerpräsidenten stößt auf Unverständnis. Es kann nicht sein, dass sich Bouffier erst zwei Tage nach den dramatischen Ereignissen zu Wort meldet und die Staatskanzlei während der Ausschreitungen via Twitter Fotos der Auslandsreise verbreitet. Das gehört sich nicht für einen Ministerpräsidenten und ist unserer Auffassung nach nicht angemessen gegenüber den Polizistinnen und Polizisten, die sich zeitgleich in Frankfurt mit Angriffen konfrontiert sahen. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, dass das in der Öffentlichkeit gewollte landesväterliche Auftreten des Ministerpräsidenten mit der Realität nicht viel zu tun hat. Wir teilen die Auffassung der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, die im Zusammenhang mit Blockupy und der Abwesenheit des Ministerpräsident die Frage stellt.